
UMWELTSCHUTZ KONTRA BESCHÄFTIGUNG

Rezension von: Silke Nissen, *Umweltpolitik in der Beschäftigungsfalle*, Metropolis-Verlag, Marburg 1993, 250 Seiten, DM 30,-.

Unter bestimmten Bedingungen entsteht auf einzelwirtschaftlicher Ebene ein grundlegender Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, der zu einem ernstzunehmenden Hindernis für den Erfolg der Umweltpolitik werden kann. Ein wesentlicher Aspekt dieses Konflikts ist die Zielkonkurrenz zwischen der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Erreichen von Umweltzielen.

Wenn es dem betroffenen Unternehmen gelingt, glaubwürdig mit negativen Beschäftigungswirkungen (umwelt-)politischer Maßnahmen zu drohen, geraten die für die Durchsetzung umweltpolitischer Ziele zuständigen lokalen und regionalen Politiker in einen Konflikt zwischen Wiederwahlinteressen, der Sicherung der Einnahmen der Gebietskörperschaft (Gewerbesteuer, lohnabhängige Steuern) und damit der Erhaltung bzw. Ansiedelung von Arbeitsplätzen und Betrieben einerseits und den (umweltpolitischen) Vorgaben übergeordneter Instanzen andererseits. Der Erfolg des Widerstands gegen umweltpolitische Vorgaben hängt von der Bedeutung eines Unternehmens für den regionalen Arbeitsmarkt ab, wobei große bzw. regionalpolitisch bedeutsame Unternehmen deutlich begünstigt sind.

Die Politikwissenschaftlerin Nissen liefert den Existenznachweis dieses Konflikts sowie eine soziologische Untersuchung des Verhaltens der einzelnen Akteure. Welche quantitative Bedeutung dieser Konflikt wirtschafts-

und umweltpolitisch hat, ist ebenso wie die Suche nach Lösungsmöglichkeiten nicht Gegenstand der Untersuchung.

Dem unternehmerischen Mittel der *Drohung* wird breiter Raum eingeräumt. Die Drohung mit Arbeitskräfteabbau, Standortverlagerungen, dem Unterlassen von Erweiterungsinvestitionen usw. scheint ein sehr wirksames, sofort einsetzbares und vor allem billiges Mittel der Unternehmen zu sein, Umweltauflagen abzuwehren oder zumindest Zeit zu gewinnen. Die größte Wirkung dieser Drohung auf die Politik geht von einer Mobilisierung der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit zugunsten des Unternehmens aus. Es kommt aufgrund der Einkommensinteressen der Arbeitnehmer zu einer Solidarisierung mit der Betriebsleitung. Dem steht auch nicht entgegen, daß das Umweltbewußtsein der Arbeitnehmer im allgemeinen sehr hoch ist.

Nissen untersucht auch den empirischen Hintergrund der Formel „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ und zeigt für Deutschland, daß die Abschätzung der im Bereich Umweltschutz Beschäftigten mit relativ großen Schwierigkeiten verbunden ist (diese Schwierigkeiten sind bei funktionalen Analysen häufig anzutreffen). Der Gesamteffekt auf die Beschäftigung ist nicht überwältigend. Ein Teil dieser Beschäftigten kommt allein durch eine Umdefinition zustande. Das sind insbesondere Arbeitsplätze in den Bereichen Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung. Die Zunahme der Beschäftigten zahlen im Bereich Umweltschutz ist im Zeitablauf gering, die Qualifikationsmerkmale der hier Beschäftigten sind durch ein relativ hohes (und steigendes) Ausbildungsniveau gekennzeichnet. Der Trend hin zur präventiven Umweltpolitik führt zu einer weiteren Verstärkung dieses Effekts. Die Vermutung, daß Sie (im Schnitt weniger qualifizierten) Arbeitsplätze im Be-

reich der nachsorgenden Umweltpolitik nicht sonderlich sicher seien, gilt aber wohl nur langfristig.

Es wird deutlich, daß die Struktur der durch Umweltschutz neu geschaffenen Arbeitsplätze weder zeitlich noch örtlich noch qualitativ mit den durch Umweltschutz vernichteten Arbeitsplätzen übereinstimmt. Ebenso stellen die neu geschaffenen Arbeitsplätze kaum eine Lösung für die Problemfelder im Bereich der Arbeitslosigkeit dar. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen bzw. die Verhinderung ihres Entstehens ist empirisch nachweisbar und beruht vor allem auf der Kostenwirkung des Umweltschutzes und dem sich daraus ergebenden Rationalisierungsdruck. Politisch bedeutsam ist auch das Argument der Sichtbarkeit. Neu geschaffene Arbeitsplätze werden in der Öffentlichkeit viel weniger deutlich wahrgenommen als die Vernichtung bestehender Arbeitsplätze. Insgesamt zeigt sich die Formel „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ als nur schwach empirisch untermauert. Immerhin kann sie ihre historische Hauptaufgabe erfüllen, zumindest makroökonomisch ein Gegengewicht gegen die Formel „Umweltschutz vernichtet Arbeitsplätze“ zu bieten.

Nissen behandelt auf über hundert Seiten drei ausgesuchte Fallstudien. Dieser Teil liest sich außerordentlich spannend, ist mit einer Fülle von Hintergrundinformationen angereichert und dürfte für Soziologen eine Fundgrube sein. Das Verhalten der einzelnen Akteure wird facettenreich herausgearbeitet. Hier sind auch einige Gustostücke zu finden, etwa wenn der Betriebsrat eines Chemiebetriebes von Gewerkschaftsmitgliedern kritisiert wird, er vertrete die Position der Firmenleitung, oder wenn im Zuge einer Betriebsansiedelung mit überhöhten Arbeitslosenzahlen argumentiert

wird. Besonders interessant ist die dritte Fallstudie, die sich mit den Ereignissen rund um die Schließung der Zellstoffwerke Obir und St. Magdalen in Kärnten befaßt.

Es entsteht der Eindruck, daß bei Zutreffen der obengenannten Konstellation das „Vollzugsdefizit“ bei der Implementierung von Umweltschutz quasi vorprogrammiert sei. Dies hat etwa in Österreich im Zusammenhang mit der Standortsuche für Deponien zu einer Veränderung der Kompetenzen zu Lasten der Gemeinden geführt.

Es ist jedoch zu erwarten, daß in manchen Fällen (möglicherweise) berechnete regionale Interessen artikuliert werden, die (möglicherweise) zu einem Härtenausgleich führen. Natürlich steigt mit der Regionalisierung der Entscheidung der Wählerdruck ebenso wie die Macht der Unternehmen. Bis zu einem gewissen Grad kann man dies als Preis für eine „standortangepaßte“ Entscheidung ansehen. Die Theorie der externen Effekte ist als Rahmen für das angesprochene Problem recht brauchbar. Unternehmer, Arbeitnehmer und regionale Politiker müssen zeitlich und örtlich konzentriert die Kosten (im weitesten Sinn) des Umweltschutzes tragen, während der Nutzen in aller Regel wesentlich großflächiger und über längere Zeiträume verteilt ist.

Das Kernproblem scheint jedoch nicht darin zu bestehen, daß sich Grenzgebiete noch eine Zeitlang über Wasser halten, oder daß überholte Industriestrukturen noch einen weiteren Konjunkturzyklus überleben, sondern daß sich Großunternehmen Wettbewerbsvorteile mit Hilfe der Arbeitnehmer und der öffentlichen Meinung verschaffen. Wie Nissen zeigt, ist nämlich die Drohung mit Arbeitskräfteabbau und Standortverlagerungen häufig genug inhaltsleer.

Anton Steurer